

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Bringenmonatlich 30 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, U. Tel. 2468. Extrablatt nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingstraße 14, Tel. 1762. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusätze werden die Gelegenheit mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher Wiederholung wird Rabatt gewährt. Belegungen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/20 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26.

Dresden, Sonnabend den 1. Februar 1913.

24. Jahrg.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie
findet vom 24. bis 30. August in Jena statt.

Im preussischen Abgeordnetenhaus hielt der freisinnig-liberale Abgeordnete von Kardorff eine scharfe Rede.

In Berlin wurden durch starken Schneefall Verkehrsstörungen hervorgerufen.

Auch Serbien hat der Türkei den Waffenstillstand im Konig gefällig.

Bei Galipolis und Eskiowtscha haben die Feindseligkeiten bereits mit Schrägminen eingesetzt.

Auflösung.

Es läßt sich etwas auf, man weiß nur nicht recht was. Im Parlament und in der Presse diskutiert man mit Eifer eine mögliche Auflösung des Reichstags. Andre wieder wollen wissen, daß umgehend die Auflösung der Regierung des Herrn v. Bethmann-Hollweg eine Frage der nächsten Zeit sei. Man behauptet, daß die neue Militärvorlage, die nun wirklich und bestimmt kommt, nicht mehr vom Kriegsinhaber v. Herting betreuen werden solle, ebensowenig wie die kommende und noch immer heftig umstrittene Besichtigung durch den Staatssekretär Kuhn. Der Staatssekretär des Innern Herr Delbrück ist im offenen Krieg mit seinem preussischen Kollegen, dem Herrn v. Dallwitz, und wer von beiden unter den gegenwärtigen Umständen der Stärkere ist, kann kaum fraglich sein. Offiziell ist das alles natürlich nicht wahr, sind die Staatssekretäre und Minister, die sich maulerisch um die bedeutende Verantwortlichkeit des Herrn v. Bethmann gruppieren, ein Herz und eine Seele. Aber trotzdem weiß man, was man weiß, und selbst der Blindsehe fühlt, daß der Boden schwankt und ein Prozeß der Auflösung und Auflösung begonnen hat, dessen Ende noch niemand voraussieht.

Herr v. Bethmann-Hollweg darf nach der Abstimmung vom Donnerstag ein knapperes Viertel der deutschen Volkstrenten zu seinen zuverlässigen Anhängern zählen. Als preussischer Ministerpräsident hat er sich im Reichstag die höchste Niederlage geholt. Kann er nun wenigstens auf die unbedingte Oerfolge des preussischen Landtags rechnen? Von leie die Debatte, die am letzten Freitag bei der zweiten Lesung des Etats des Innern im preussischen Dreiklassenhaufe geführt worden ist! Aus den Reden, die dort gehalten wurden, spricht ein nur zu begreiflicher, unersetzbarer, wütender Haß gegen die Sozialdemokratie. Spricht aber aus ihnen etwa Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung? Nein, dieselbe Minderheit, die im Reichstag Herrn v. Bethmann die Stange hält, und die in der verkehrten Welt des preussischen Dreiklassenwahlrechts eine überwälthigende Mehrheit darstellt, richtet im Abgeordnetenhaufe die spitzigsten Pfeile ihrer Kritik gegen die Regierung, die sie — nach dem offenen Wort des Herrn v. Kardorff — scharf machen will, weil sie ihr eben noch nicht klar genug ist. Man darf zur politischen Intelligenz der Rechten immer noch so viel Vertrauen haben, ihr nicht zumuten, daß sie ernstlich eine Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegeetze noch für möglich halte. Aber sie fordert von der Regierung eben das Unmögliche, um ihr Ungerechtigkeiten zu machen, weil ihr die ganze Richtung oder Richtungslosigkeit nicht paßt.

Vielleicht äußert sich Herr v. Bethmann-Hollweg bei der bevorstehenden Debatte über sein Reichstagsabgelehen einmal zu der sehr interessanten Frage, auf welche Umstände er seinen Anspruch gründet, das Reich und Preußen noch weiter zu regieren. Der Reichstag ist gegen ihn, der preussische Landtag ist nicht für ihn, die Minister sehen nicht hinter ihm, die einzelstaatlichen Regierungen opponieren gegen ihn. Mit wem besten Freund, dem Zentrum, und Ungeschied verträgt. Die Linke mißtraut ihm, die Mitte mißbilligt ihn und die Rechte findet ihn zu schlapp. Was bleibt ihm noch übrig. Natürlich das Vertrauen des allerhöchsten Arbeitgebers. Wenn alle untreu werden, so bleibt ich dir doch treu. Fragt sie nur, wie lange?

Aber wer erklärt nun das Rätsel der Militärvorlage? Wie kommt es, daß das, was vor einem Jahr noch für durchaus ausreichend erklärt wurde, nun auf einmal als gänzlich ungenügend gelten soll, und daß man in der verworrensten Situation, die das Reich und der Reichstag erlebt haben, den Bewilligungsgesetz des Parlaments der denkbar schwersten Bewilligungsprobe unterwerfen will? Ist der Sieg der Militärvorlage in dem Kampfe, der da hinter den Kulissen geführt wurde, nur einer jener blinden Zufälle, von denen das Reich so oft regiert wird, oder verbirgt sich hinter dem hinterbrannten Scheinenden Plan so etwas wie eine politische Absicht? Will der Reichstagsminister zeigen, daß er, wenn es aufs Wlegen und Wreden ankommt, das Zentrum trotz allen Oppositionsgebahren noch immer in der Hand hat, oder handelt er gar, wie man noch immer in der Hand hat, und handelt er gar, wie man noch immer in der Hand hat, um manchen Stellen vermischt, in heimlichem Einverständnis mit maßgebenden Zentralmächtern, um durch eine Konflikt-Solomonie, die in einer Auflösung des Reichstags gipfelt soll, 14 und dem Zentrum Aufs zu verschaffen?

Der Verantwortung dieser Fragen wird man ohne jede Verbosheit entgegensehen dürfen. Mag sein, daß die Sache schließlich auf Kaiserjubiläumswahlen mit einem allgemeinen Reststreifen gegen die Sozialdemokratie hinausläuft. Herr Wasserbaum hat ja schon in Magdeburg von einem möglichen Appell an das Volk gesprochen, und es wäre nicht die Art der Sozialdemokratie, einem solchen Appell an das Volk aus dem Wege zu gehen. Wenn die Herren und z. sprechen wünschen, sind wir jederzeit zur Stelle. Es mag auch sein, obgleich es nicht zu sein braucht, daß man der Sozialdemokratie mit Hilfe der Fortschrittler ein paar Wandaube abnehmen könnte. Denn wenn die Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen der ihrer Wählerzahl entsprechenden Mandatszahl etwas näher als sonst gekommen ist, so verdankt sie das außerordentlichen Umständen, und diese Umstände können sich wieder ändern. Es ist aber ein verhängnisvoller Selbstbetrug der Staatsbehörden, wenn sie glauben, durch solche Kunststücken der Macht der Sozialdemokratie dauernd Eintrag tun zu können. Auf die Wahlen von 1887 folgte der sozialdemokratische Sieg von 1890, auf 1907 folgte 1912.

Nun ist freilich das Regieren von heute nicht mehr als ein Leben von der Hand in den Mund. Man scheut sich noch, in der Hoffnung, für den Augenblick kleine Erleichterungen zu gewinnen, der Sache, der man dienen will, dauernden und nachhaltigen Schaden zuzufügen. Härt Wilmow mit seinem sagenberühmten Voch war nur der Vorbereiter künftiger sozialdemokratischer Siege, und obwohl gerade er, soweit dabei Personen in Betracht kommen, der eigentliche Haupturheber der spätern sozialdemokratischen Erfolge war, lebt er in der liberalen Legende als Lebewunder der Sozialdemokratie. Vielleicht läßt Herr v. Bethmann das gleiche Phantomb. Aber im Grunde sind er und seine Vorgänger mit ihren Siegen und Niederlagen nur arme Schächer. Reichstagsminister kommen und gehen. Die Sozialdemokratie bleibt und wächst. Allüberall zeigen sich Anzeichen der Verwirrung und Zerlegung, aber die Arbeiterbewegung marschiert in geschlossenen Kolonnen vorwärts. Wenn sie also auch manches und vieles aufgibt, die Sozialdemokratie läßt sich ganz bestimmt nicht auf. Diese Sicherheit mögen die Herren auf den Weg ihrer künftigen Entschlüsse mitnehmen. Kriege, Bewegung, Kampf — es kommt in letzter Linie doch zur Sozialdemokratie zugute und vielleicht nicht nur in letzter Linie, sondern diesmal auch in erster. Auch das wäre noch zu überlegen!

Allzu schablonenhaft angemeldet und allzu oft wiederholt kam der Schwindler auch in Deutschland und sich in seinen Wirrungen gegen die Schwindler selber wenden. Einstweilen ist ja die Militärvorlage auch noch nicht abgelehnt, ja noch nicht einmal abgelehnt. Die vorläufigen Gerichte von einer Auflösung des Reichstags sind nur der Reflex der an Verzweiflung grenzenden Verwirrung, die in den oberen Regionen herrscht. Wir warten in Ruhe ab!

Vor der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

Die Verbündeten haben die Note der Türkei, die Bulgarien die Hilfe Adrianopols geben will, rundweg abgelehnt. In Belgrad wird offiziell bekannt gegeben, daß Serbien gleichfalls den Waffenstillstand gefällig hat und daß am Montag abend um 7 Uhr die Feindseligkeiten wieder beginnen. Es wird zwar von anderen Seiten versichert, daß die Mächte die kurze Spanne bis Montag benötigen wollen, um mit neuen Verhandlungen die Erneuerung der Feindseligkeiten zu verhindern, aber die Aussicht auf Verhinderung der Kriegsführung schwindet immer mehr und niemand weiß, ob vor Adrianopel und Eskiowtscha die Kanonen nicht jetzt schon sprechen. Es soll bereits bei Eskermebje an der Eskiowtschalinie ein Korpostengesetzt stattgefunden haben! Es wird darüber gemeldet:

Konstantinopel, 31. Januar. In Kalkatle bei Eskiowtscha soll ein Korpostengesetzt stattgefunden haben. Die Bulgaren sollen zurückgeschlagen worden sein und dabei 33 Tote gehabt haben, während die Türken nur drei Tote verloren haben wollen. Eine Verstärkung des Geschüts steht noch aus.

„Hamdisch“ Ueberfälle.
Konstantinopel, 31. Januar. Der türkische Kreuzer Hamdisch überfiel bei der Insel Stropalla vier griechische Kreuzfahrtschiffe. Ichwei von ihnen in den Grund und drang das vierte zum Auflaufen.

Die Wundereetzungen zu neuen Kämpen.
Paris, 31. Januar. Man nimmt hier vielfach an, daß die Türken auch am Montag abend nicht den ersten Schuß hin werden, sondern beachtlichen, sich in der Verteidigung zu halten, die ihnen durch den Geist ihrer Truppen und die allgemeine militärische Lage vorgezeichnet sei. Der neue Krieg werde sich jedenfalls auf ein intensives Bombardement von Adrianopel und der Eskiowtschalinie durch die vereinigten Bulgaren und Serben beschränken und der Fall von Adrianopel, den die Bulgaren in ihrem Interesse als sehr nahe bevor-

stehend bezichtigen, wird als sicher angenommen. Dies werde dann die Türkei, so wird hier weiter gefolgert, vor eine vollendete Tatsache stellen und ihr den Verzicht auf die bereits vertorene Stadt und dann auch auf die Inseln des Agäischen Meeres wesentlich erleichtern, so daß die Feindseligkeiten zum mindesten von sehr kurzer Dauer sein würden.

London, 31. Januar. Daily Chronicle erzählt aus zuverlässiger militärischer Quelle, daß die bulgarische Armee vor Adrianopel 105000 Mann stark sei, hieron entfalle auf die Serben 39000 Mann. Die Bulgaren sollen so schwere Belagerungsstücke in der Zwischenzeit herangeschafft haben, daß es bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nur zwei Tage dauern würde, bis die Festung in einen Trümmerhaufen verwandelt sei. Bis jetzt sei überhaupt noch kein ernsthafter Angriff gegen die Festung unternommen worden, so wird wenigstens von bulgarischer Seite erklärt. Die Bulgaren glauben, daß Adrianopel bereits im Laufe der ersten Woche einer neuen Belagerung fallen wird.

Türkischer Optimismus.

Konstantinopel, 31. Januar. Heute fand eine Versammlung zur Bildung eines Komitees für die nationale Verteidigung statt, an der ungefähr 800 Personen teilnahmen, darunter sämtliche Senatoren und Abgeordnete der jungtürkischen Partei. Die Versammlung wählte ein Exekutivkomitee sowie weitere Ausschüsse ein, u. a. zur Umänderung von Verordnungen, zur Schaffung von Anstellungen und zur Eröffnung einer Subvention. Es wurde eine Resolution angenommen, in der hervorgehoben wird, daß die inneren Justizangelegenheiten, die einzige Stütze der Feinde, auf ewig begraben seien. Von nun an werde eine einzige ottomanische Nation gegen den Feind stehen. Der Großvezir hat 1000 Pfund für die nationale Verteidigung genehmigt. Der frühere Deputierte Jusufi, der einstige, der sich seit der Umwälzung noch in Haft befand, wurde freigelassen.

Guter Weis.

London, 31. Januar. Das Gesuch Haber Weis um Rückendung auf seinen früheren Posten in Berlin soll vom Großvezir bewilligt worden sein. In London ist man der Ansicht, daß die Armee, aber auch eine große Anzahl von Offizieren, darauf feststehen habe, daß Haber Weis seinen Einfluß auf die Herrschaft haben solle. Haber Weis, zum Teil wohl auch Vergeßlichkeit über die Rolle, die er bei der Sturze des Kabinetts gespielt hat, sollen ihn unbeliebt gemacht haben.

Die finanzielle Lage in der Türkei.

Konstantinopel, 31. Januar. In der finanziellen Lage ist keine Veränderung eingetreten. Von keiner einzigen Bank wurde dem Staatsschatz ein Vorschlag gegeben. Der Wechsel in den hiesigen Verhältnissen verzögert die Verhandlungen der Schuldfrage und ihre gemeinsames Vorgehen.

Typhus-Panik.

Belgrad, 31. Januar. Politika meldet, daß unter den türkischen Kriegsgefangenen in Rigotin der Typhus ausgebrochen sei. Von 342 Gefangenen seien bisher 142 gestorben. So die Krankheit sich auch unter der Bevölkerung ausbreitet, herrscht eine Panik in der Stadt.

Deutsches Reich.

Die alte Mehrheit.

Die alte Mehrheit von 1902, die Mehrheit des Zolltarifs und des Zollwuchers, hat sich am Freitag wiedergefunden. Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen stimmten geschlossen gegen alle fortschrittlichen und sozialdemokratischen Anträge auf Verbesserung der Regierungsentwürfe, der angeblich vorübergehende Zollverleichteinrichtungen bei der Fleischzufuhr bringen will. Nur ein einziges Mal, bei der sozialdemokratischen Resolution, die von der Regierung einen Gesetzesentwurf mit der Aufhebung der Futtermittelzölle verlangte, fand sich ein einziger Nationalliberaler, der Danfahndlungssekretär Freiherr v. Richtigosen, zu der Linke. Dafür stimmten die gesamten Fortschrittler mit der Mehrheit gegen unsere, von zahlreichen Städteverwaltungen und Handelsvertretungen gleichfalls ergebene Forderung nach Abschaffung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes. Der Seitenprung des Herrn v. Richtigosen wurde also reichlich ausgeglichen.

Dieser Ausgang der neuen zweitägigen Fleischnotdebatte beweist wiederum — als ob im Ernst der Beweis noch nötig gewesen wäre! — die unerhörte Unguverlässigkeit der Nationalliberalen, die sich im Wahlkampf zur Linken rechnen lassen und im Reichstag, wenn es darauf ankommt, mit den erklärten Gegnern ihrer eignen Wähler stimmen. Das kann doch wohl gesagt werden: am 12. Januar hat die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung sich gegen die Steuer- und sozialpolitische Hauptpolitik ausgesprochen, und auch in den nationalliberalen Stimmen sind fast nur die Gegner dieser Wirtschaftspolitik zu finden. Der unüberwindliche Gang zur Reaktion, die Angst vor fortschrittlichem, wirklich und wirksam fortschrittlichen Vorkommen hat sie veranlaßt, die Geschäfte der Junger zu besorgen.

Nach diesem Ergebnis der Einzelabstimmungen konnten sich die Konservativen das harmlose Vergnügen leisten, allein oder auch mit den paar Kinnelernen gegen den ganzen Gesetzentwurf zu stimmen. Die Beratung ist in der Kommission und in der zweiten Lesung im Plenum nicht besser geworden, als in der Regierungsvorlesung war. Das, was sie bietet, ist so geringfügig und so unentscheidend, daß nicht einmal die hundertfache Prinzipienfestigkeit hätte daran Anstoß nehmen